

# Unterstützung von Amts- und Mandats- personen

## Handreichung aus dem Projekt „KommA“

Kontakt: Daniel Bartel ([bartel@imap-institut.de](mailto:bartel@imap-institut.de); [info@imap-institut.de](mailto:info@imap-institut.de))

**KommA** steht für Kommunale Allianzen und Strategien gegen Rassismus und Hass. Das Projekt stärkt kommunale Entscheidungsträger:innen und Verwaltungen im Umgang mit Anfeindungen, Rassismus und Hass. Das IMAP Institut setzt das Projekt zwischen Oktober 2022 und September 2025 um, gefördert von der Bundesbeauftragten für Integration und Antirassismus.

Am Projekt nehmen 10 Modellkommunen teil, die das IMAP Institut vertieft begleitet und berät. Zusätzlich sind 68 Kommunen Teil des KommA-Netzwerkes, in dem Austausch, Wissenstransfer und Vernetzung stattfindet. Ein Projektbeirat mit über 20 Fachpersonen aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Verwaltung und Sicherheitsbehörden berät das Projektteam. Diese Handreichung ist einer der Transferbausteine, die aus dem Modellprojekt entstanden sind (siehe [www.imap-institut.de/de/insights/modellprojekt-komma/](http://www.imap-institut.de/de/insights/modellprojekt-komma/)).

IMAP: IMAP ist ein Beratungshaus für Demokratie und Vielfalt. Wir arbeiten mit den Methoden der systemischen Organisationsentwicklung. 2002 von Bülent Arslan gegründet, beraten wir eine Vielzahl von Ministerien, Behörden und Ämtern. Mehr über uns finden Sie auf unserer Webseite [www.imap-institut.de](http://www.imap-institut.de).

Gefördert durch:

## Inhalt

1. Einleitung.....	2
2. Systematische Vorstellung von Akteur*innen mit regionalem Bezug im Rahmen von Bürgermeisterdienstbesprechungen.....	3
3. Ansprechpersonen für Kollegialen Austausch für Bürgermeister*innen .....	3
4. Handreichung für Bürgermeister*innen .....	4
Anlagen.....	5

## 1. Einleitung

Kommunale Amts- und Mandatspersonen erfahren verstärkt Anfeindungen: ein Drittel der Amtspersonen erleben allein in einem Jahr mehrfach Beleidigungen, Anfeindungen und digitale Hasspostings, drei Prozent berichten von tätlicher Gewalt.<sup>1</sup> In Großstädten liegen die Zahlen in der Tendenz höher. Insgesamt 60 Prozent der kommunalen Amts- und Mandatspersonen haben in der Vergangenheit Anfeindungen erlebt.

Dabei ist dies unabhängig von Geschlecht, Migrationshintergrund und sozialer Herkunft. Jedoch sind es insbesondere Frauen, Personen mit Migrationshintergrund und aus nicht-akademischen Milieus, die verstärkt über einen Rückzug nachdenken.<sup>2</sup> Gleichzeitig stimmen immer mehr Menschen der Aussage zu, dass einige „Politiker es verdient hätten, wenn die Wut gegen sie schon mal in Gewalt umschlägt.“ 2023 lagen die Zustimmung bei 13 Prozent und war damit stark angestiegen.<sup>3</sup>

Auf der Bundesebene und der Ebene der Länder gibt es eine Vielzahl wichtiger und qualitativ hochwertiger Unterstützungs- und Beratungsangebote für verschiedene Bedarfe, die sich aus der Erfahrung von Anfeindungen und Übergriffen für kommunale Amts- und Mandatspersonen ergeben. Diese Angebote sind grundsätzlich leicht recherchierbar und niedrigschwellig erreichbar. Gleichzeitig kann es im konkreten Fall für betroffene Personen eine Herausforderung darstellen, überhaupt Hilfe zu suchen und anschließend das jeweils passende und für die Region relevante Angebot zu finden.

Im Rahmen dieser Handreichung sollen drei sich ergänzende Ansätze vorgestellt werden, die die entscheidenden letzten Meter zwischen Amts- und Mandatspersonen einerseits und den bestehenden Angeboten andererseits überbrücken können. Sie schließen als Maßnahmen gut an einem Punkt an, an dem Anfeindungen und Übergriffe grundsätzlich auf die Agenda gesetzt wurden und die Frage steht: Was machen wir nun?

Systematische Vorstellung von Akteur\*innen aus der Region

Ansprechpersonen für Kollegialen Austausch

Handreichung zu Unterstützungsmöglichkeiten und Ansprechpersonen

---

<sup>1</sup> [https://www.motra.info/wp-content/uploads/2025/04/KoMo\\_Onepager\\_HB24.pdf](https://www.motra.info/wp-content/uploads/2025/04/KoMo_Onepager_HB24.pdf).

<sup>2</sup> Böll-Stiftung (2021): Beleidigt und bedroht – Arbeitsbedingungen und Gewalterfahrungen von Ratsmitgliedern in Deutschland.

<sup>3</sup> Daten der FES Mitte-Studien, vgl. Beate Küpper, Andreas Zick, Demokratiedistanz der Mitte, in: Demokratie in Gefahr? Aus Politik und Zeitgeschichte, 27/2024, 29. Juni 2024, S. 36.

## 2. Systematische Vorstellung von Akteur\*innen mit regionalem Bezug im Rahmen von Bürgermeisterdienstbesprechungen

Dass ein Unterstützungsangebot existiert und durch eine Webseite, Flyer, Publikationen und Veranstaltungen sichtbar gemacht wird, heißt nicht, dass es die Zielgruppe tatsächlich auch erreicht. Bürgermeister\*innen sind Menschen mit einem vollen Terminplan und begrenzten Kapazitäten, die in der Regel nicht proaktiv-präventiv auf die Suche nach Informationen gehen, die ihre Handlungssicherheit im Umgang mit Anfeindungen und Übergriffen stärken.

Die systematische Vorstellung von Akteur\*innen und Angeboten im Rahmen der regelmäßig stattfindenden Bürgermeisterdienstbesprechungen verfolgt die Idee, regelmäßig inhaltliche Beiträge zum Thema Anfeindungen/ Übergriffe zu setzen und zugleich Expert\*innen und Bürgermeister\*innen in einem Raum zusammenzubringen, der keinen zusätzlichen Aufwand oder eine aktive Entscheidung von Seiten der Bürgermeister\*innen erfordert.

Im konkreten Fall fand die Bürgermeisterdienstbesprechung (BDB) quartalsweise statt, mit einer Dauer von jeweils circa 4 Stunden. In einer ersten BDB wurde das Projekt KommA vorgestellt und das Thema Anfeindungen durch eine Saalbefragung (siehe: Anfeindungen von Amts- und Mandatspersonen auf die Agenda setzen) zum gemeinsamen Thema gemacht. Im Rahmen der Befragung wurden zugleich Bedarfe abgefragt und durch eine Einschätzung der Relevanz des Themas ein Mandat für eine kontinuierliche Thematisierung im Rahmen des BDB eingeholt.

Anschließend wurde ein Jahreskonzept entwickelt, in dem lokal relevante Akteur\*innen sich und ihre konkreten Angebote im Rahmen von 30 bis 45-minütigen Inputs mit Rückfragen vorstellen sollten:

- **Termin 1:**  
**Kommunale Extremismusbeauftragte / Polizei**
- **Termin 2:**  
**Gemeinwesenorientierte mobile Beratung**
- **Termin 3:**  
**Beratungsangebote für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt**
- **Termin 4:**  
**Unterstützung bei Anfeindungen und Übergriffen im digitalen Raum**

## 3. Ansprechpersonen für Kollegialen Austausch für Bürgermeister\*innen

Der Austausch zwischen Kolleg\*innen kann ein niedrigschwelliges, oftmals emotional entlastendes und stärkendes Unterstützungsangebot sein, in dem aufgrund eines ähnlichen Erfahrungshintergrundes schneller eine gemeinsame Sprache gefunden und oftmals auch praxisnahe Lösungsideen entwickelt werden können. Der Austausch mit Bürgermeister\*innen aus Nachbarkommunen ist eine wichtige soziale Ressource und wird von Bürgermeister\*innen aus den Modellkommunen vielfach explizit als stärkend benannt. Gleichzeitig gelingt es Menschen unterschiedlich gut, soziale Netzwerke aufzubauen und informelle Formen der Unterstützung zu aktivieren. Insbesondere Amts- und Mandatsträger\*innen, die neu in ihrem Amt sind und sich zunächst orientieren müssen, können hier Hürden erleben und haben (noch) keine selbstverständlichen Zugänge.

Die Benennung von Ansprechpersonen aus dem Kreis der Bürgermeister\*innen. Diese übernehmen formal und explizit die Verantwortung, für andere Bürgermeister\*innen ansprechbar zu sein und diese bei Bedarf auch aktiv anzusprechen und ihnen ein Angebot zu machen. Im konkreten Fall der Erprobung des Modells haben sich erfahrene Bürgermeister aus den drei relevanten Regionen des Landkreises bereit erklärt.

Durch die Übernahme dieser Funktion werden erfolgt eine explizite Verantwortungs- und Zuständigkeitsübernahme und damit auch eine Verstärkung der Relevanz des Themas. Das soziale Netzwerk wird um wichtige formale Knotenpunkte erweitert, die gegebenenfalls existierende, wenig sichtbare Lücken in den funktionierenden informellen Unterstützungsstrukturen ergänzen.

## 4. Handreichung für Bürgermeister\*innen

Der dritte, die beiden zuvor beschriebenen Ansätze ergänzende Ansatz ist eine Handreichung für Bürgermeister\*innen, die - aufgliedert nach verschiedenen Bedarfen - relevante Angebote vorstellt und die regional relevanten Ansprechpersonen benennt. Ziel der Handreichung ist es, die zentralen Informationen und Handlungsmöglichkeiten praxisnah und systematisch aufzubereiten und „auf einen Blick“ zugänglich zu haben.

In einem Prozess mit Vertreter\*innen des Landkreises, der Polizei und der Bürgermeister\*innen sind zwei Dokumente entstanden, die für verschiedene Bedarfe rund um das Thema Anfeindungen die wesentlichen Handlungsmöglichkeiten und lokalen Ansprechpersonen bündeln – einerseits als „laminierte Doppelseite für den Schreibtisch“ was in der Erarbeitung zum geflügelten Wort für das Produkt wurde, zum anderen als ausführlichere Handreichung.

Beide Dokumente sind in vier Themenbereiche untergliedert:

- Anfeindungen, Einschüchterungen und Übergriffe gegen die eigene Person und das persönliche Umfeld
- Anfeindungen, Einschüchterungen und Übergriffe gegen Mitarbeitende
- Eskalierende Konflikte mit Einzelpersonen
- Reizthemen in der Kommune und. eskalierende Konflikte auf kommunaler Ebene

*Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, zugleich Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus als Zuwendungsgeberin dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Verfasser bei den Projektträgern IMAP GmbH die alleinige Verantwortung. Die Beauftragte distanziert sich ausdrücklich von allen Inhalten, die möglicherweise straf- oder haftungsrechtlich relevant sind.*

## Anlagen

### Kurzkonzept Ansprechpersonen für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister

#### Idee

Alle Bürgermeister\*innen können von Anfeindungen, Bedrohungen und Übergriffen betroffen sein. Wenn dies passiert, kann es hilfreich sein, sich mit Kolleg\*innen auszutauschen, die ähnliche Situationen vielleicht schon einmal erlebt haben aber sich zumindest gut in die grundsätzliche Situation hineinversetzen können und die Handlungsmöglichkeiten und die Bürgermeister\*innenrolle kennen.

Ein solcher kollegialer Austausch kann informell passieren, mit den Bürgermeister\*innen, die man kennt und mit denen man vielleicht regelmäßig zu tun hat. Aber - nicht jede\*r hat solche Kontakte und nicht immer passt es für das Thema. Außerdem kann es hilfreich und entlastend sein, wenn man in einer solchen Situation vielleicht proaktiv angesprochen wird und sich eine Person für ein Gespräch anbietet-

Die Ansprechpartner\*innen für Bürgermeister\*innen sind selbst Bürgermeister\*innen mit einiger Praxiserfahrung und eine Sensibilität für das Thema. Sie stehen für ihre Bürgermeisterkolleg\*innen, zusätzlich zu den je persönlichen Kontakten, für einen Austausch und ein Gespräch zur Verfügung.

#### Aufgaben

- Zuhören und ansprechbar sein
- ggf. Kolleg\*innen auch aktiv ansprechen und Gespräch/ Unterstützung anbieten
- vertraulicher und niedrigschwelliger kollegialer Austausch und (auf Wunsch) Einschätzung
- erste Orientierung zu Handlungsmöglichkeiten, keine umfassende Beratung oder kontinuierliche Begleitung
- Information über und Weitervermittlung an passende Ansprechstellen

Es gibt keine festen Zeiten oder Verbindlichkeiten.

Die Information, wer Ansprechperson ist und damit besonders für dieses Thema angesprochen werden kann, steht in Handreichung, wird auf der Bürgermeisterdienstbesprechung bekannt gegeben und verbreitet sich im Kolleg\*innenkreis auch von selbst weiter.

#### Unterstützung für die Unterstützer\*innen

Für Fragen, die sich in der Arbeit als Ansprechperson ergeben, stehen Ihnen (ergänzen) als Ansprechpersonen zur Verfügung.

# WENN'S PERSÖNLICH WIRD

**Handreichung für den Umgang mit  
Anfeindungen im Amt für  
Bürgermeisterinnen und  
Bürgermeister**

## Einleitung

Liebe Bürgermeisterinnen und Bürgermeister,

Ihr Amt ist eine verantwortungsvolle Aufgabe, die von Engagement, Dialog und dem Streben nach dem Wohl der Kommune geprägt ist.

In den letzten Jahren ist der Ton rauer geworden und es haben Anfeindungen, Bedrohungen und auch körperliche Übergriffe gegen kommunale Amtsträger besorgniserregend zugenommen. Was früher selten war, gehört für viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister heute zum Alltag – mit belastenden Folgen. Umso wichtiger ist es, zu wissen, wie Sie reagieren und an wen Sie sich wenden können.

Unterschrift Landrät\*in

Diese Handreichung gibt Ihnen einen kompakten Überblick über Ihre Handlungsmöglichkeiten und Ansprechpersonen im Landkreis Mittelsachsen. Sie zeigt, wo Sie Unterstützung finden – sei es durch Polizei, die Landkreisverwaltung oder Beratungsstellen.

Sie sind nicht allein. Nutzen Sie die vorhandenen Hilfsangebote, um sich, Ihre Familie, Mitarbeitenden und Ihre Kommune zu schützen.

### Themen:

- **Anfeindungen, Einschüchterungen und Übergriffe gegen die eigene Person und das persönliche Umfeld**
- **Anfeindungen, Einschüchterungen und Übergriffe gegen Mitarbeitende**
- **Eskalierende Konflikte mit Einzelpersonen**
- **Reizthemen in der Kommune und. eskalierende Konflikte auf kommunaler Ebene**

# Anfeindungen, Einschüchterungen und Übergriffe gegen die eigene Person und das persönliche Umfeld

Anfeindungen, Einschüchterungen und Übergriffe gegen die eigene Person und das persönliche Umfeld sind verbale oder schriftliche Angriffe, Drohungen und gezielte Einschüchterungsversuche, die sich direkt gegen Sie als Bürgermeisterin oder Bürgermeister oder Ihre Angehörigen richten.

Sie können in Form von Hassmails, Hetze in sozialen Netzwerken, beleidigenden Briefen, Drohungen oder direkten Konfrontationen auftreten. In schweren Fällen können sie bis hin zu Sachbeschädigungen und körperlichen Übergriffen eskalieren.

Solche Angriffe haben nicht nur persönliche Folgen, sondern können auch das Sicherheitsgefühl und die Ausübung des Amts erheblich beeinträchtigen.

**Wenn Sie oder Menschen in Ihrem persönlichen Umfeld betroffen sind, können das wichtige Ziele sein:**

→ **Sicherheit garantieren** – Organisieren Sie Schutz für sich selbst, Ihr persönliches Umfeld und Ihren Wohnsitz.

→ **Handlungsfähig sein und bleiben** – Entwickeln Sie Strategien, um den Anfeindungen zu begegnen und Ihr Amt weiterhin ausüben zu können.

→ **Entlastung und Hilfe organisieren** – Nutzen Sie Beratung und Austausch mit Experten oder Kolleginnen und Kollegen, um sich zu entlasten und mit den Folgen von Übergriffen umzugehen.

→ **Rechtliche Schritte einleiten** – Schöpfen Sie die Möglichkeiten zur Strafanzeige, Unterlassungsklagen und weiteren Schutzmaßnahmen aus.

→ **Andere einbinden und zusammenstehen** – Ziehen Sie Polizei, Landkreisverwaltung und zivilgesellschaftliche Netzwerke ins Vertrauen. Sie sind nicht allein.

→ **Öffentlichkeit herstellen und benennen** – Reagieren Sie angemessen auf Hass und Hetze, ohne Eskalation zu fördern.

Ihre wichtigsten Ansprechstellen sind:

<b>Polizei</b>	Gewaltschutz und -prävention, Strafverfolgung
<b>Ansprechperson Landkreis</b>	Fallbezogene Fachberatung, Prozessbegleitung, Verweisberatung
<b>Ansprechpersonen für Anfeindungen (Bürgermeister)</b>	Kollegialer Erfahrungsaustausch und Unterstützung
<b>Telefonseelsorge</b>	Psychologische Krisen- und Notfallunterstützung
<b>Psychosoziale Notfallversorgung</b>	
<b>Unfallkasse (Bundesland)</b>	Psychologische / Psychotherapeutische Unterstützung
<b>Betroffenenberatung &amp; Weißer Ring</b>	Psycho-soziale Beratung zur Bewältigung der Folgen von Übergriffen
<b>Starke Stelle</b>	Bundeszentrale Anlaufstelle, Verweisberatung

## Polizei

→ Gewaltschutz und -prävention, Strafverfolgung

Die Polizei ist Ihr zentraler Ansprechpartner wenn Sie sich bedroht fühlen und Schutz suchen, Sie eine Straftat erlebt oder beobachtet haben, Sie Ihre Sicherheit und die Ihres Umfeldes verbessern wollen und/oder eine Gefährdungsbewertung benötigen.

### → Angebot

- Schutz und Unterstützung in akuten Situationen
- situative und grundsätzliche Präventionsberatung
- Einordnung der strafrechtlichen Relevanz des Sachverhaltes
- Schutz und Intervention in der konkreten Gefährdungs-/Bedrohungslagen (Sofortmaßnahmen wie z.B. Gefährdenansprachen, Interventionsgespräche)
- Sachverhaltsermittlung, Täterermittlung
- Strafverfolgung

### → Straftaten gegen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister werden priorisiert bearbeitet.

Straftaten, die sich explizit gegen Bürgermeisterin oder Bürgermeister und Mandatsträger oder deren persönliches Umfeld richten und im Zusammenhang mit deren Amt stehen, werden **priorisiert bearbeitet**. Selbst wenn eine Strafanzeige im konkreten Fall eingestellt werden sollte, ist sie wichtig, weil sie es der Polizei ermöglicht, ein möglichst differenziertes Lagebild zu erstellen und die konkrete Gefährdungssituation besser bewerten zu können.

Der Leiter des Dezernates 5 (Staatsschutz) der Kriminalpolizeiinspektion steht als Ansprechperson spezifisch für dieses Thema zur Verfügung.

### → Kontakt

#### Funktion & Name

Telefon:

Email:

Alternativ ist auch die jeweils zuständige Revierleitung ansprechbar.

### → Onlinewache

Über das folgende Formular können Sie eine Strafanzeige, insbesondere zum Thema Hass im Netz, einreichen: <https://portal.onlinewache.polizei.de/de/sn/>

→ Im Notfall ist stets die Notfall-Rufnummer der Polizei zu wählen: 110

### **Ansprechperson des Landkreises**

→ Fallbezogene Fachberatung, Prozessbegleitung, Verweisberatung

Die Koordinatorin Extremismusprävention und Expertennetzwerk ist zentraler Ansprechpartner des Landkreises für alle Formen politisch motivierter Anfeindungen und Übergriffe sowie für extremistische Mobilisierungen und Strukturentwicklungen in den Gemeinwesen. Die Aufgabe ist es, Sie fallbezogen zu Ihren Handlungsmöglichkeiten zu beraten und in der Umsetzung zu unterstützen. Bei Bedarf wird an weiterführende Unterstützungsangebote vermittelt.

### **→ Angebote**

- auftragsorientierte und vertrauliche Unterstützung und Beratung
- Sortierung und Einschätzung von Anliegen, Themen und Handlungsmöglichkeiten
- Strategieplanung und Prozessbegleitung
- Kontaktaufnahme, Einbeziehung und Weitervermittlung an relevante Stellen

### **→ Kontakt**

#### **Funktion & Name**

Telefon:

Email:

## **Ansprechpersonen für Anfeindungen (Bürgermeister)**

→ Kollegialer Erfahrungsaustausch und Unterstützung

Die Ansprechpersonen für Anfeindungen sind selbst Bürgermeisterin oder Bürgermeister, die spezifisch für die Themen Anfeindungen, Übergriffe, Drohungen für Ihre Kollegen im Landkreis ansprechbar sind. Sie bieten einen vertraulichen und persönlichen Austausch unter Kolleginnen und Kollegen an und können Sie auf Wunsch dabei begleiten, weitergehende Unterstützung und Austausch mit Ihren Kollegen auf kommunaler Ebene zu organisieren.

→ **Angebot:** kollegiale Unterstützung

### **→ Kontakte**

#### **Name (Kommune)**

Telefon:

Email:

#### **Name (Kommune)**

Telefon:

Email:

#### **Name (Kommune)**

Telefon:

Email:

### **Telefonseelsorge**

→ psychologische Krisen- und Notfallunterstützung

Anfeindungen und Übergriffe sind Krisensituationen. Krisen sind gekennzeichnet durch Verunsicherung, Orientierungslosigkeit und ein Gefühl von Ohnmacht, Bodenlosigkeit und dem Verlust von Kontrolle. Die Telefonseelsorge ist ein kostenloses, vertrauliches und niedrighschwelliges Erst-Unterstützungsangebot, um in akuten Krisen Halt und Orientierung wiederzuerlangen und längerfristige Unterstützungen zu organisieren.

→ **Angebot:** vertraulichen Begleitung und Unterstützung in akuten Krisensituationen (täglich 24 Stunden erreichbar)

#### **→ Kontakt**

Webseite: <https://www.telefonseelsorge.de>

Telefon: 0800 1110111, 0800 1110222\_oder 116 123

### **Psychosoziale Notfallversorgung**

→ psychologische Krisen- und Notfallunterstützung

Die psychosoziale Notfallversorgung (PSNV) ist ein weiteres Unterstützungsangebot in akuten Krisen- und Notfallsituationen – etwa bei Gewalterfahrungen. Es ist regional organisiert und arbeitet im persönlichen Kontakt.

→ **Angebot:** vertrauliche Unterstützung und Erstbegleitung in (akuten) Krisensituationen vor Ort

#### **Wichtig zu wissen:**

Der Zugang zu dieser Unterstützung erfolgt ausschließlich über die zuständigen **Leitstellen des Rettungsdienstes, der Feuerwehr und der Polizei**. Die PSNV wird im Landkreis (...) von (Name der Organisation) getragen:

#### **Kontakt**

## **Betroffenenberatung & Weißer Ring Chemnitz**

→ Psychosoziale Beratung von Gewaltbetroffenen

Die Beratungsstelle des Weißen Rings und die Betroffenenberatung Support der RAA Sachsen begleiten und beraten Menschen bei der Bewältigung der psychischen, sozialen und materiellen Folgen von Gewalt. Der Weiße Ring berät zu allen Formen von Gewaltkriminalität, der Schwerpunkt der RAA liegt spezifisch auf rechtsmotivierter, rassistischer und antisemitischer Gewalt.

→ **Angebot:** vertrauliche und bedarfsorientierte persönliche Beratung zur Bewältigung der Folgen von Gewalterfahrungen

### **→ Kontakt**

#### **Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt**

Telefon:

Email:

#### **Weißer Ring**

Telefon:

Email:

## **Starke Stelle**

→ Bundeszentrale Anlaufstelle, Verweisberatung

Die Starke Stelle ist eine Bundeszentrale Anlauf- und Verweisberatungsstelle für den Themenbereich Hass und Anfeindungen gegen kommunale Amts- und Mandatsträger.

→ **Angebot:** niedrigschwellige, vertrauliche und zeitnahe Verweisberatung, Vermittlung an Unterstützungsangebote vor Ort und bundesweit

### **→ Kontakt**

Telefon: 0800 3009944 (Mo - Fr von 9:00 - 16:00 Uhr)

Email: [info@starkestelle.de](mailto:info@starkestelle.de)

[www.starkestelle.de](http://www.starkestelle.de)

## → Weiterführende Materialien (mit Fokus Sachsen)



### Sicherheitsangebote für kommunale Amts- und Mandatsträger in Sachsen (Flyer des Freistaat Sachsen)

Übersicht über landeszentrale Meldestellen und Unterstützungsangebote

→ [Flyer Sicherheit im Amt](#)



### Handlungsempfehlungen zum Umgang mit persönlichen Bedrohungen (Stark im Amt)

Die Handlungsempfehlungen bieten eine kompakte und instruktive Unterstützung im Umgang mit konkreten Situationen wie persönlichen Bedrohungen, Sachbeschädigungen, Sicherheit der Familie, Schutz bei öffentlichen Veranstaltungen etc.



### Sicherheit für Kandidatinnen und Kandidaten (Gemeinsame Broschüre des Landeskriminalamtes Sachsen und der Generalstaatsanwaltschaft Dresden)

Die Broschüre bietet eine Entscheidungshilfe, ob und wie Sie auf Straftaten reagieren können. Sie erklärt, was bei der Durchsetzung Ihrer Rechte zu beachten ist. Neben einer Übersicht über relevante Straftatbestände erhalten Sie Informationen zu den Modalitäten bei Anzeigeerstattung, zum Ablauf von Strafverfahren und zu Ihren Rechten als Opfer einer Straftat sowie Hinweise auf Kontakt- und Beratungsmöglichkeiten.

→ [Broschüre Sicherheit für Kandidierende](#)



### Hass im Netz ist nicht Teil des Jobs – Ein Leitfaden zum Umgang mit digitaler Gewalt für Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker (HateAid)

Der Leitfaden gibt detaillierte Informationen und konkrete Handlungsempfehlungen zum Umgang mit akuten Anfeindungssituationen und zur Prävention.

→ [Leitfaden Digitale Gewalt](#)

# Anfeindungen, Einschüchterungen und Übergriffe gegen Mitarbeitende

Anfeindungen, Einschüchterungen und Übergriffe gegen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter richten sich gegen einzelne Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder gegen das ganze Team. Sie können im direkten Kontakt mit Bürgerinnen und Bürger aber auch schriftlich und digital, beispielsweise in sozialen Medien auftreten. Sie reichen von Beschimpfungen über persönliche Drohungen bis hin zu körperlichen Übergriffen. Konkrete Übergriffe aber bereits die Möglichkeit, dass Übergriffe geschehen könnten, können Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter belasten, ihre Arbeit nachhaltig beeinflussen und führen im schlimmsten Fall zu krankheitsbedingten Ausfällen oder Kündigungen.

Der wirksame Schutz von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Anfeindungen und Übergriffen ist Arbeitgeberpflicht und integraler Bestandteil des Arbeitsschutzes. Die Abschätzung des Risikos von Übergriffen ist Teil der rechtlich verpflichtenden Gefährdungsbeurteilung. Auf der Grundlage der Gefährdungsbeurteilung können technische, organisatorische und personenbezogenen Maßnahmen entwickelt werden, um Übergriffe zu verhindern und bei ihrem Eintreten handlungsfähig zu sein.

**Um Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Übergriffen zu schützen und sie in der Bewältigung konkreter Situationen zu stärken, können das wichtige Ziele sein:**

→ **Mögliche Gefahren kennen** – Analysieren Sie Risiken und mögliche Gefahren systematisch in Form einer Gefährdungsbeurteilung

→ **Präventiv handeln** – Reflektieren und erweitern Sie wo nötig technische (z.B. Zugangsmöglichkeiten), organisatorische (z.B. Sprechzeiten nur in Teams) und personenbezogene Schutzmaßnahmen (z.B. Schulungen).

→ **Klare Abläufe und Unterstützung im Ernstfall** – Machen Sie interne Meldewege und den Schutz durch Vorgesetzte sichtbar und erleichtern Sie die Umsetzung rechtlicher Schritte wie Strafanzeigen.

→ **Psychosoziale Betreuung anbieten** – Schaffen Sie Zugänge zu Beratung und Unterstützung für betroffene Mitarbeitende, um Belastungen zu reduzieren.

→ **Öffentlich Haltung zeigen** – Positionieren Sie sich klar gegen Angriffe, stellen Sie sich vor Ihre Beschäftigten und fördern Sie ein respektvolles Miteinander von Bürgerschaft und Verwaltung.

Ihre wichtigsten Ansprechstellen für das Thema sind **Unfallkasse Sachsen** und die **Zentrale Koordinierungsstelle Übergriffsmanagement der Landkreisverwaltung (oder die Fachkraft für Sicherheit)**.

### **Unfallkasse Sachsen**

→ Allgemeine Informationen und Expertise, Präventionsansätze

Die Unfallkasse Sachsen ist der zentrale Ansprechpartner für fachliche Fragen und grundsätzliche Ansätze der Gewaltprävention und -nachsorge an Arbeitsplätzen mit Publikumsverkehr.

→ **Angebot:** Informationsmaterialien, orientierende Erstberatung, Schulungsangebote und Verweisberatung

#### **→ Kontakt**

##### **Funktion & Name**

Telefon:

Email

**Formular Unfallmeldung:** [https://www.uksachsen.de/fileadmin/user\\_upload/Download/Versicherung-allgemein/UK-Sachsen-Unfallanzeige-AUV.pdf](https://www.uksachsen.de/fileadmin/user_upload/Download/Versicherung-allgemein/UK-Sachsen-Unfallanzeige-AUV.pdf)

## **Landkreis, Zentrale Koordinierungsstelle Übergriffsmanagement (wenn vorhanden)**

Stichworte: Fachlicher Austausch und Beratung zum Übergriffsmanagement des Landkreis Mittelsachsen

Die Landkreisverwaltung hat das Thema Gewalt gegen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der Dienstvereinbarung Übergriffsmanagement geregelt und darin die zentralen Handlungsmöglichkeiten, Zuständigkeiten und Abläufe beschrieben. Die zentrale Koordinierungsstelle ist für die Umsetzung der Dienstvereinbarung und die Steuerung der Abläufe zuständig.

→ **Angebot:** fachlicher Austausch und Beratung zur Umsetzung eines betrieblichen Übergriffsmanagements

### **→ Kontakt**

#### **Funktion & Name**

Telefon:

E-Mail:

## → Weiterführende Materialien



**Gewaltprävention - ein Thema für die öffentliche Verwaltung?** Reduzierung von Bedrohungen und Übergriffen an Arbeitsplätzen mit Publikumsverkehr (Unfallkasse NRW)  
Die Broschüre sensibilisiert für das Thema Gewalt am Arbeitsplatz, stellt grundlegende Ansätze und Modelle vor und gibt Empfehlungen und Konzepte für die praktische Umsetzung vor Ort.

→ Handreiche Gewaltprävention



### **Dienstvereinbarung Übergriffsmanagement des Landkreises (wenn vorhanden)**

Die Dienstvereinbarung beschreibt die wesentlichen Maßnahmen und Zuständigkeiten zur Übergriffsprävention und zum Umgang mit konkreten Vorfällen.

# Eskalierende Konflikte mit Einzelpersonen

Eskalierende Konflikte mit Einzelpersonen sind lang anhaltende oder zunehmend aggressive Auseinandersetzungen mit einzelnen Bürgerinnen oder Bürgern, die sich oft auf persönliche Anliegen, Streitigkeiten mit der Verwaltung oder kommunale Entscheidungen beziehen.

Diese Konflikte können sich in wiederholten Konfrontationen, aggressiven Beschwerden, Drohungen oder auch Stalking äußern. In einigen Fällen können sie sich auch bis zu direkten Angriffen steigern. Eskalierende Auseinandersetzungen binden erhebliche Ressourcen und können eine ernste psychische und physische Belastung für Sie als Bürgermeister sowie ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden.

**Im Umgang mit eskalierenden Konflikten mit Einzelpersonen können das wichtige Ziele sein:**

→ **Frühzeitig reagieren** – Erkennen Sie Konflikte in ihrer Entstehung und reagieren Sie bevor eine Dynamik entsteht, die nur noch schwer zu ändern ist.

→ **Verbindliche Kommunikation** – Kommunizieren Sie in eskalierenden Situationen sachlich, professionell und transparent, um weitere Verschärfungen zu vermeiden.

→ **Sicherheit gewährleisten** – Ergreifen Sie Schutzmaßnahmen für sich selbst, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Ihr persönliches Umfeld.

→ **Grenzen ziehen** – Ziehen Sie klare Linien und benennen Sie Ihre Grenzen. Erstellen Sie bei Bedrohungen oder Belästigungen konsequent Anzeigen und leiten Sie Schutzmaßnahmen ein.

→ **Psychosoziale Entlastung** – Nutzen Sie Beratung und Austausch, um mit belastenden Situationen professionell umzugehen und Überforderungen vorzubeugen.

## Konkrete Unterstützung und Beratung

Im Landkreis (...) und der näheren Umgebung gibt es eine Reihe von Coaches und Mediator\*innen. Konkrete Empfehlungen können an dieser Stelle nicht gegeben werden.

Bitte wenden Sie sich für die Vermittlung konkreter Kontakt an (Ansprechperson des Landkreises).

### → Kontakt

#### Funktion & Name

Telefon:

Email:

### → Weiterführende Materialien



#### Evangelischer Fachverband für Arbeit und soziale Integration (EFAS): Grundlagen der Konfliktbearbeitung / Konfliktmanagement

Die Handreichung vermittelt Grundlagenwissen zum Thema Konfliktbearbeitung und bietet konkrete Handlungsmöglichkeiten.

[Teges\\_Handout\\_Konflikt\\_FINAL\\_SCREEN.pdf](#)

# Reizthemen in der Kommune bzw. eskalierende Konflikte auf kommunaler Ebene

Reizthemen in der Kommune bzw. eskalierenden Konflikten auf kommunaler Ebene sind kontroverse oder emotional aufgeladene Themen, die in der Bürgerschaft Widerstand, Protest oder auch aggressive Auseinandersetzungen auslösen können. Das können Bau- oder Infrastrukturprojekte sein, Gemeinschaftsunterkünfte für Geflüchtete, Windkraftanlagen oder Veränderungen in der Verkehrsführung.

Wenn sich diese Dynamik zuspitzt, kann sie das gesellschaftliche Klima vor Ort belasten und die kommunale Zusammenarbeit erheblich erschweren. Eskalieren inhaltliche Auseinandersetzungen können sie zu kampagnenförmiger, zunehmend persönlicher Kritik in sozialen Medien oder gezielten Angriffen auf Entscheidungsträgern führen.

**Um Polarisierungen zu vermeiden, konstruktive Lösungen zu finden und das Vertrauen in die kommunale Verwaltung zu stärken, können das wichtige Ansätze sein:**

- **Frühzeitige Konfliktanalyse** – Kritische Themen identifizieren und Stimmungen in der Bevölkerung ernst nehmen.
- **Transparente und sachliche Kommunikation** – Entscheidungen nachvollziehbar erklären und Desinformation entgegenwirken.
- **Beteiligung und Dialog fördern** – Bürgerinnen und Bürger frühzeitig einbinden, um Akzeptanz und Verständnis zu erhöhen.
- **Deeskalationsstrategien entwickeln** – Geeignete Gesprächsformate schaffen und auf emotional aufgeladene Debatten besonnen reagieren.
- **Sicherheit und Schutzmaßnahmen planen** – Risiken für Amtsträger, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und öffentliche Veranstaltungen einschätzen und absichern.
- **Unterstützung durch Netzwerke und Behörden** – Kooperation mit Polizei, Verwaltung und externen Beratern zur Konfliktbewältigung nutzen.

**Ihre wichtigsten Ansprechstellen für das Thema sind:**

<p><b>Ansprechperson des Landkreises</b></p> <p><b>Gemeinwesenorientierte Beratung/ Mobile Beratung</b></p>	<p>Beratung, Situationsanalyse, Strategieentwicklung, Prozessbegleitung</p> <p>Beratung, Strategieentwicklung, Prozessbegleitung</p>
<p><b>Polizei</b></p> <p><b>Partnerschaft für Demokratie</b></p>	<p>Schutz und Gefahrenprävention (Veranstaltungen)</p> <p>Beteiligung, Unterstützung, Prävention</p>

### **Ansprechperson des Landkreises**

→ Beratung, Situationsanalyse, Strategieentwicklung, Prozessbegleitung

Die Koordinatorin Extremismusprävention und Expertennetzwerk ist die zentrale Ansprechpartnerin des Landkreises für alle Formen politisch motivierter Anfeindungen und Übergriffe sowie für extremistische Mobilisierungen und Strukturentwicklungen in den Gemeinwesen. Aufgabe ist es, Sie situationsbezogen zu Ihren Handlungsmöglichkeiten zu beraten und in der Umsetzung zu unterstützen. Bei Bedarf erfolgte Vermittlung an weiterführende Unterstützungsangebote.

### **→ Angebote**

- auftragsorientierte und vertrauliche Unterstützung und Beratung
- Sortierung und Einschätzung von Anliegen, Themen und Handlungsmöglichkeiten
- Strategie- und Maßnahmenplanung
- kontinuierliche Prozessbegleitung
- Einbeziehung und Weitervermittlung an relevante Stellen

### **→ Kontakt**

#### **Funktion & Name**

Telefon:

Email:

### **Gemeinwesenorientierte Beratung**

→ Beratung, Strategieentwicklung, Prozessbegleitung

Gemeinwesenorientierte Beratung begleitet bei der Kommunikation in Krisensituationen. Dabei werden gemeinsam Lösungen, die für die Situation und die Bedürfnisse vor Ort am besten geeignet sind, entwickelt.

#### **→ Angebote**

- Beratungspool aus freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit unterschiedlichen Expertisen
- Beratung beim Entwickeln und Sichern demokratischer Grundwerte
- systemisch und prozessorientierte Arbeit mit allen Akteuren im jeweiligen System

#### **→ Kontakt**

**Name**

Telefon:

Email:

### **Mobile Beratung**

→ Beratung, Strategieentwicklung, Prozessbegleitung

Das Kulturbüro Sachsen e.V. begleitet bei der Kommunikation in Krisensituationen. Dabei werden gemeinsam Lösungen, die für die Situation und die Bedürfnisse vor Ort am besten geeignet sind, entwickelt.

#### **→ Angebote**

- interdisziplinären Projektteam mit Berufserfahrung aus verschiedenen Bereichen
- Beratung in Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus
- Unterstützung der demokratischen Alltagskultur

#### **→ Kontakt**

**Name**

Telefon:

Email:

**Polizei**

Stichworte: Schutz und Gefahrenprävention

Die Polizei ist Ihr zentraler Ansprechpartner wenn Sie sich bedroht fühlen und Schutz suchen, Sie eine Straftat erlebt oder beobachtet haben, Sie Ihre Sicherheit und die Ihres Umfeldes verbessern wollen und/oder eine Gefährdungsbewertung benötigen.

**Angebot**

- Schutz und Unterstützung in akuten Situationen
- situative und grundsätzliche Präventionsberatung
- Einordnung der strafrechtlichen Relevanz des Sachverhaltes
- Schutz und Intervention in der konkreten Gefährdungs-/Bedrohungslagen (Sofortmaßnahmen wie z.B. Gefährderansprachen, Interventionsgespräche)
- Sachverhaltsermittlung, Täterermittlung
- Strafverfolgung

**Kontakt**

Alternativ ist auch die jeweils zuständige Revierleitung ansprechbar.

**Onlinewache**

Über das folgende Formular können Sie eine Strafanzeige, insbesondere zum Thema Hass im Netz, einreichen: <https://portal.onlinewache.polizei.de/de/sn/>

Im Notfall ist stets die Notfall-Rufnummer der Polizei zu wählen: 110

## **Partnerschaft für Demokratie**

→ Beteiligung, Unterstützung, präventive Maßnahmen

Die Partnerschaft für Demokratie koordiniert kommunale und lokale zivilgesellschaftliche Akteure und Projekte mit dem Ziel im Landkreis Demokratie und Toleranz zu stärken. Ihre strategische und inhaltliche Entwicklung richtet sich dabei an regionale Bedarfe und den zur Verfügung stehenden Ressourcen aus.

### **→ Angebote**

- Beratung bei regionalen Bedarfen
- gemeinsame strategische Entwicklung von Maßnahmen
- Projektförderung von entwickelten Maßnahmen
- Unterstützung der Vernetzung zu regionalen Partnern

### **→ Kontakte**

#### **Funktion & Name**

Telefon:

Email:

## → Weiterführende Materialien



### „Dialog? – Mit wem und in welchem Rahmen?“ – Handlungsempfehlungen für Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung zum Umgang mit Protestverhalten in den Kommunen (Freistaat Sachsen)

Die Broschüre ist ein Leitfaden für die Planung und Umsetzung eines politischen Dialoges mit einem Schwerpunkt auf öffentlichen Veranstaltungen.

→ [Broschüre Dialog – Mit wem und in welchem Rahmen?](#)



### Veranstaltungsstörungen durch die extreme Rechte... und was dagegen hilft – Ein Wegweiser der Landeshauptstadt München für Veranstalterinnen und Veranstalter

Die Handreichung bietet eine Unterstützung bei der Planung und Gestaltung von Veranstaltungen und liefert Argumente und Hilfestellungen für gezielte, politisch motivierte Veranstaltungsstörungen.

→ [Broschüre Veranstaltungsstörungen durch die extreme Rechte](#)



### Extremisten auf öffentlichen Veranstaltungen (Infolyer Senatsverwaltung Berlin)

Kompakte Übersicht mit Strategie- und Handlungsempfehlungen

→ [Faltblatt Extremisten auf öffentlichen Veranstaltungen](#)

## Kurzübersicht / Ansprechpartner\*innen auf einen Blick

<p><b>Ansprechperson des Landkreis</b></p> <p><b>Stichworte:</b> Fallbezogene Fachberatung, Prozessbegleitung, Verweisberatung</p>	<p>Name:</p> <p>Telefon:</p> <p>E-Mail:</p>
<p><b>Polizei</b></p> <p><b>Stichworte:</b> Gewaltschutz und -prävention, Strafverfolgung</p>	<p>Funktion &amp; Name</p> <p>Telefon</p> <p>E-Mail / ggf. Sprechzeiten</p> <p>alternativ ist auch die jeweils zuständige Revierleitung ansprechbar</p> <p>Onlinewache</p> <p>Über das folgende Formular können Sie eine Strafanzeige, insbesondere zum Thema Hass im Netz, einreichen: <a href="https://portal.onlinewache.polizei.de/de/sn/">https://portal.onlinewache.polizei.de/de/sn/</a></p>
<p><b>Ansprechpersonen für Anfeindungen (Bürgermeister*innen)</b></p> <p><b>Stichworte:</b> Kollegialer Erfahrungsaustausch und Unterstützung</p>	<p>Namen</p> <p>Telefon:</p> <p>E-Mail:</p>
<p><b>Telefonseelsorge &amp; Psychosoziale Notfallversorgung (PSNV)</b></p>	<p>Telefonseelsorge</p> <p>Telefon: 0800 1110111, <a href="https://www.08001110222.de">0800 1110222</a> oder <a href="https://www.116123.de">116 123</a></p> <p>Unterstützung ist auch per E-Mail oder Chat möglich, Kontaktmöglichkeiten über Webseite: <a href="http://www.telefonseelsorge.de">www.telefonseelsorge.de</a></p>

<p><b>Stichworte:</b> psychologische Krisen- und Notfallunterstützung</p>	<p>PSNV Einbeziehung über die zuständigen Leitstellen des Rettungsdienstes, der Feuerwehr und der Polizei</p>
<p><b>Unfallkasse (Bundesland)</b></p> <p><b>Stichworte:</b> psychologische / psychotherapeutische Unterstützung nach Anfeindungen und Übergriffen, betriebliches Übergriffsmanagement</p>	<p>Formular Unfallmeldung: <a href="https://www.uksachsen.de/fileadmin/user_upload/Download/Versicherung-allgemein/UK-Sachsen-Unfallanzeige-AUV.pdf">https://www.uksachsen.de/fileadmin/user_upload/Download/Versicherung-allgemein/UK-Sachsen-Unfallanzeige-AUV.pdf</a></p> <p>Ansprechpartnerin: Name Tel.: Email</p>
<p><b>Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt &amp; Weißer Ring</b></p> <p><b>Stichworte:</b> Psychosoziale Beratung von Gewaltbetroffenen</p>	<p><u>Betroffenenberatung</u> Telefon E-Mail:</p> <p><u>Weißer Ring</u> Telefon: E-Mail:</p>
<p><b>Starke Stelle</b></p> <p><b>Stichworte:</b> bundeszentrale Anlaufstelle, Verweisberatung bei Anfeindungen und Bedrohungen</p>	<p>Hotline: 0800 300 99 44 Mo - Fr zwischen 9.00 bis 16.00 Uhr) sowie per E-Mail unter <a href="mailto:info@starkestelle.de">info@starkestelle.de</a></p>